

Soziale Bewegungen und Verfassungsreformen in der arabischen Welt

BESTANDSAUFNAHME EINER ÜBERREGIONALEN KONFERENZ

Der Transformationsprozess in der arabischen Welt hat gezeigt, dass Forderungen nach Würde und einem integren, partizipativen politischen System in der arabischen Welt allgegenwärtig sind. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zusammen mit dem Centre Marocain des Sciences Sociales und dem Centre de Développement de la Région de Tensift am 16. Und 17. Dezember 2011 in Marrakesch eine internationale Konferenz zum Thema „Soziale Bewegungen und Verfassungsreformen in der arabischen Welt“ veranstaltet.

Der Transformationsprozess in der arabischen Welt hat zum einen gezeigt, dass Forderungen nach Würde und einem integren, partizipativen politischen System in der arabischen Welt allgegenwärtig sind. Zum anderen hat er unterschiedliche Geschwindigkeiten im Hinblick auf die Reformwillen und -fähigkeiten der arabischen Staaten offenbart. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zusammen mit dem Centre Marocain des Sciences Sociales und dem Centre de Développement de la Région de Tensift am 16. Und 17. Dezember 2011 in Marrakesch eine internationale Konferenz zum Thema „Soziale Bewegungen und Verfassungsreformen in der arabischen Welt“ veranstaltet. Ziel der Veranstaltung war es, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklungen in der arabischen MENA-Region zu geben, die politischen Entwicklungen analytisch einzuordnen und mögliche Chancen und Herausforderungen eines politischen Wandels aufzuzeigen. Insbesondere die Fragen, wie regierungsfähig sich ein (gemäßiger) politischer Islam erweisen kann und

welche Bedeutung dies für den weiteren politischen Wandel in Marokko haben wird, galten laut Dr. Helmut Reifeld, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Marokko, als wegweisende Fragen für die geführten Debatten.

Das Konzept der „arabischen Ausnahme“ muss dringend überdacht werden

Das Fallen der Regime in Tunesien und Ägypten, der erzwungene Machtwechsel in Jemen und Libyen (wenngleich auch mit internationaler Hilfe), die anhaltenden, teils bürgerkriegsähnlichen Revolten in Syrien und Bahrain oder die eher friedlich verlaufenden Reformbewegungen in Marokko und Jordanien haben gezeigt: Die Menschen in der arabischen Welt haben den Willen und die Kraft zum Wandel. In seiner Einführungsrede wies Prof. Mohamed Tozy, Direktor des Centre Marocain des Sciences Sociales, darauf hin, dass das Konzept einer „arabischen Ausnahme“ (al-istithna' al-'arabi) dringend überdacht werden muss. Bisherige Ansätze, die das Ausbleiben einer Demokratisierungswelle in der arabischen Region, sei es mit kulturalistischen, orientalistischen, islamkritischen oder rentenökonomischen Argumenten begründet haben, befinden sich nun, laut Tozy, in Erklärungsnot. Stattdessen sei es Aufgabe der Sozialwissenschaften, treffsichere Analysekonzepte zu erarbeiten.

War der arabische Frühling (un)vorhersehbar?

Immer wieder wurde daher im Verlauf der Konferenz auf die Frage eingegangen, welche Rolle Sozialwissenschaften einnehmen

MAROKKO

ELLINOR ZEINO-MAHMALAT

Dezember 2011

www.kas.de/marokko

www.kas.de

können und sollen. Können Sozialwissenschaftler Zukunftsprognosen geben, oder nur ex-post-Analysen leisten? Während die Mehrheit der Konferenzteilnehmer die Ereignisse des Arabischen Frühlings als unvorhersehbar betrachteten, so bestand doch Konsens darüber, dass in Zukunft genauere Analysen der gesellschaftspolitischen Entwicklungen unabdingbar sind. Warnsignale und Bedürfnisse der Bevölkerung wurden sowohl von den herrschenden Eliten als auch von den internationalen Medien nicht ausreichend wahrgenommen. So gab es, laut Tozy, beispielsweise in Marokko bereits ab 2009 erste Anzeichen eines wachsenden Unmuts angesichts kleinerer Revolten in den Orten Sefrou, Tinghir und Laâyoune (Westsahara). Mohamed Kerrou von der Universität Tunis El Manar, wies darauf hin, dass es in den Sozialwissenschaften mehr darauf ankäme, die richtigen Fragen zu stellen, als Antworten zu geben. Ebenso wurde der Begriff der Revolution diskutiert. Laut Kerrou bedeutet Revolution einen Bruch mit der Vergangenheit. Ob dies in den arabischen Transformationsländern gegeben ist, gelte noch als ungewiss. Kerrou zufolge sei der Beginn eines Transformationsprozesses leichter auszumachen, als dessen Ende oder erfolgreichen Abschluss festzustellen. Zudem müsse der Bruch mit der Vergangenheit nicht unbedingt mit den einst angestrebten Zielen einhergehen.

In der ersten Hälfte der Konferenz wurden die Ursachen, der Verlauf sowie die Forderungen der Protestbewegungen des arabischen Frühlings diskutiert. Junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren wurden als Hauptakteure des Wandels in der MENA-Region ausgemacht. Insbesondere junge, gut ausgebildete Frauen und Männer haben den Protestbewegungen eine starke Dynamik zugefügt. Dieser in der Konferenz mehrfach erwähnte „Demografie-Faktor“ habe letztendlich die Wucht der Protestbewegung begründet. Nur durch die breite Masse junger, gut ausgebildeter und unzufriedener Menschen konnten sich die sozialen Bewegungen in erfolgreiche Protestbewegungen entfalten.

Ebenso wurde auf den seit langem eingesetzten aber zu wenig beachteten gesell-

schaftlichen Wandel in der arabischen Welt hingewiesen. Laut Ghrairi nähern sich die Familienstrukturen in der MENA-Region denen im nördlichen Mittelmeer an. Neue Formen von Familienplanung nach dem Modell der Kleinfamilie mit zwei berufstätigen Elternteilen sowie die verstärkte Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt spielen eine wichtige Rolle für die gesellschaftspolitische Erneuerung. Diese neuen Familienstrukturen stellen, Tozy und Kerrou zufolge, die Institution des Patriachats nicht nur innerhalb der Familie, sondern auch auf politischer Führungsebene zunehmend in Frage.

„Die Menschen wollen nicht nur Essen, sondern auch Würde“ (Elekry)

Als konkrete Ursachen des gesellschaftlichen Unmuts wurden mangelnde Zukunftsperspektiven und eine unzureichende Integration der jungen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt sowie unzulängliche Sozialleistungen und eine Verteuerung der Grundversorgung insbesondere seit 2008 ausgemacht. Dennoch sollte nach einhelliger Meinung der Konferenzteilnehmer der Unmut nicht nur auf rein materielle Forderungen reduziert werden. Die zwei grundlegenden Forderungen der arabischen Protestbewegungen waren die Forderungen nach Würde und Korruptionsbekämpfung. Die quasi weitervererbten politischen Regime in der arabischen Welt werden mit Korruption und Despotismus gleichgesetzt. Politische Herrschaft wurde daher mit einem langanhaltenden Gefühl der Demütigung verbunden.

Eine spontane und nicht-hierarchische Protestbewegung

Als Besonderheit der arabischen Revolutionen und Protestbewegungen nannte Tozy die Unabhängigkeit von herrschenden Ideologien. Die Forderungen der Proteste wurden jenseits von politischen oder religiösen Ideologien formuliert. Die zunächst in Tunesien geäußerten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und politischer Freiheit wurden nicht mit dem Aussprechen für ein bestimmtes politisches System oder einer Ideologie verknüpft. Zudem können die arabischen Protestbewegungen als populäre und horizontale Bewegungen ohne hierarchische Führung angesehen werden. Laut Arrous Zoubir von der Universität Algier,

waren die Proteste in Tunesien spontan, von der Basis der Bevölkerung ausgehend und nicht von oben gelenkt. In Tunesien habe die Protestbewegung letztendlich das gesamte sozio-demografische Spektrum der Gesellschaft erfasst. Der Protest konnte sich dadurch von Revolten in den ländlichen Gebieten und von einem sporadischen Aufruhr der tunesischen Jugend in eine Revolution entfalten. Die rasche Ausbreitung der Proteste wurde dabei durch moderne Kommunikationsmittel und soziale Netzwerke ermöglicht. Die zeitgleiche mediale Vernetzung der Demonstranten hat nach einhelliger Meinung der Konferenzteilnehmer im Wesentlichen zum Fall des Regimes in Tunis beigetragen. Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi im abgelegenen Ort Sidi Bouzid wurde dank moderner Medien zu einem öffentlichen, politischen Ereignis und zum Symbol der Demütigung seitens des tunesischen Regimes.

Der zweite Teil der Konferenz galt den politischen Reformansätzen im Anschluss an die sozialen Protestbewegungen. Hierbei stellten sich vor allem die Fragen danach, ob und wie die Forderungen umgesetzt wurden, wer sich als Gewinner der Protestbewegungen erwiesen hat und welche Herausforderungen sich für einen weiteren Transformationsprozess ergeben. Laut Professor Mohamed Malki, Leiter des Centre de Développement de la Région de Tensift, können institutionelle bzw. konstitutionelle Lösungsansätze eine angemessene Antwort auf die arabischen Revolutionen bieten. Diese müssen jedoch je nach landeseigenen Besonderheiten verschieden ausfallen. Auch wenn die Anliegen der Bevölkerung in den arabischen Staaten ähnlich sind, so sind sie doch in ganz unterschiedliche politische, soziale und ökonomische Kontexte eingebettet. Genauso heterogen hat sich auch der Umgang der Staaten mit den Forderungen der Protestbewegungen gezeigt. Mit dem Hinweis auf Osteuropa wurde immer wieder betont, dass politische Transformationsprozesse sehr lange dauern und mitunter sehr unterschiedliche Wege einschlagen können.

Ziel der Konferenz war es daher, anhand der Betrachtung von breit gefächerten, län-

derspezifischen Beispielen eine aktuelle Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Entwicklung der Reformprozesse zu bieten. Marokko wurde dafür als Beispiel für einen friedlichen Wandlungsprozess mit Transformationsländern wie Tunesien und Ägypten, Status-quo-Ländern wie Algerien, Mauretanien und Bahrain sowie mit Irak als junger föderaler Staat verglichen. Nach Meinung der Konferenzteilnehmer ist es noch zu früh festzulegen, in welchem Transformationsstadium sich die Staaten der arabischen Welt befinde und welche neuen Wege beschritten werden. In der arabischen Welt gibt es bisher noch keinen Präzedenzfall eines gelungenen (islamisch)-demokratischen Politikmodells. Laut Ghazi Ghairi von der Universität Tunis ist es daher schwierig, den weiteren Verlauf der politischen Transformationsprozesse zu prognostizieren.

Die Verfassungsreformen: „Geschenke“ vom Herrscher oder Produkte von Verhandlungen?

Die im Laufe des Jahres 2011 angestoßenen Verfassungsreformen in Marokko, Tunesien, Ägypten oder Jordanien können eine neue zukunftssträchtige Neugestaltung der sozialen Pakte zwischen Regime und Gesellschaft bewirken. Andererseits wurde beispielsweise von Abdelhay Moudden von der Universität Med V in Rabat, die Möglichkeit vorgebracht, dass Reformen lediglich darauf abzielen, Zeit zu kaufen. Demnach könnten die herrschenden Eliten den Erhalt des politischen Status quo nicht nur durch Oppression und Unterdrückung, sondern auch durch das gezielte Einsetzen von Renteneinnahmen und taktischen Reformen sichern. So konnten sich beispielsweise die Rentierstaaten Saudi-Arabien und Algerien bisher als relativ resistent gegenüber den Revolten erweisen. Bei der Betrachtung der durchgeführten oder noch anstehenden Verfassungsreformen stellte sich die Frage, von welchen Akteuren und mit welcher Absicht die Reformen initiiert wurden. Basieren die Verfassungsänderungen auf einem inklusiven Prozess, der von einem breiten Konsens der Gesellschaft mitgetragen wird? Wie weit gehen die Reformen und wie nah orientieren sie sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungen? Zielen sie auf einen ernst gemeinten Wandel oder nur auf kosmetische Re-

formen zur Wahrung des Status quo ab? Und werden die Verfassungsreformen von der Gesellschaft überhaupt als relevant erachtet? Das marokkanische Beispiel stehe für einen von oben geförderten und kanalisierten Wandel. Zwar war die Monarchie der Motor hinter der Verfassungsreform. Doch habe, laut Amina Messaoudi, Mitglied der Commission Consultative de Révision de la Constitution, die breite Beteiligung von Parteien, Verbänden und Mitgliedern der Zivilgesellschaft beim Entwurf der neuen Verfassung sowie die transparente Berichterstattung neue hoffnungsvolle Standards gesetzt. Die Beziehungen zwischen Regenten und Regierten werden in der reformierten Verfassung von Juli 2011 neu definiert. Insbesondere habe die neue Verfassung die Verantwortlichkeit der Regierung erhöht. Die Verfassung schreibe immer noch deutliche Prärogativen des Königs fest. Der Trend gehe aber, laut Messaoudi, Richtung parlamentarische Monarchie. Der König habe sich bereit erklärt, seine absolute Macht bis zu einem gewissen Grad zu teilen. Ob die Verfassungsreform eine genuine demokratische Transformation einleite oder nur eine vorübergehende partizipative Welle darstelle, ist nach Meinung der meisten Konferenzteilnehmer noch ungewiss. Im Vergleich zu Marokko steht Algerien, laut Mohamed Hannad, Politologe an der Universität Algier, als Beispiel für einen streng hierarchischen Reformprozess. Die algerischen Reformen haben mehr den Charakter eines „Geschenks“ des Präsidenten an sein Volk. Die Reformen waren seines Erachtens kein Resultat von Verhandlungen, sondern eher ein taktischer Schachzug, um die Legitimität des Regimes zu erhöhen. Proteste an den Reformen wurden nicht zugelassen. Dementsprechend empfinden die algerischen Bürger keine Relevanz der Reformen für ihr alltägliches Leben. Hannad schließt jedoch nicht aus, dass die konstitutionellen Entwicklungen im Nachbarland Marokko langfristig einen Einfluss auf Algerien ausüben könnten.

Der Wandel von Mentalitäten wird deutlich länger ausfallen als die Neuordnung staatlicher Strukturen

In den Diskussionen wurde betont, dass das Augenmerk nicht nur auf einen Wandel der staatlichen Institutionen gerichtet sein soll-

te. Viel wichtiger sei ein innergesellschaftlicher Wandel, der deutlich langwieriger ausfalle als eine Neuorganisation der staatlichen Strukturen. Dies offenbart sich vor allem in Staaten mit einer historisch verwurzelten „konstitutionellen Kultur“, wie beispielsweise Tunesien oder Ägypten. In beiden Staaten zeige sich, dass auch eine progressive Gesetzgebung an einer rückständigen politischen (und gesellschaftlichen) Praxis scheitern kann. Für Mauretanien bemerkte Didi Ould Salek, Direktor des Centre des Etudes Maghrébines, dass Mauretanien eine innergesellschaftliche Erfahrung mit dem Konzept eines Nationalstaates fehle. Zudem sei die gegenwärtige politische Elite nicht qualifiziert genug, um einen demokratischen Wandel einzuleiten.

Mehrere Konferenzteilnehmer wiesen darauf hin, dass sowohl islamistische als auch säkulare Reformer sich nun der Realität stellen müssen. Für eine mögliche Messung eines innergesellschaftlichen Wandels und der sich transformierenden Mentalitäten können die in einigen Ländern erstmals durchgeführten freien Wahlen dienen. Die Wahlen in Tunesien, Ägypten und am 25. November in Marokko haben, laut Hannad, gezeigt, dass gemäßigt-islamistische Parteien das größte Vertrauen in den Bevölkerungen genießen. In der Regel seien es die islamistischen Parteien, die am glaubwürdigsten einen Bruch mit den alten Regimen verkörpern können. Die an der Regierung beteiligten Islamisten müssen ihre Forderungen nun an der politischen Realität messen lassen.

Wer sind die Gewinner des arabischen Frühlings?

Die arabische Jugend und vor allem auch Frauen waren, wie bereits festgestellt, die Vorkämpfer/innen in den Protestbewegungen. Während Frauen in den Protesten besonders engagiert waren, scheinen sie nun, laut Abdenbi Elekry, Vorsitzender der Bahrain Transparency Society, nur unverhältnismäßig von den neuen Machtverhältnissen zu profitieren. Die Konferenzteilnehmer hat vor allem das Anliegen beschäftigt, wie im Anschluss an die Wahlen möglichst alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen in einen demokratischen Neuaufbau einbezogen werden können. Angesichts der Suche nach

neuen regierungsfähigen Koalitionen in Tunesien oder Marokko wurde danach gefragt, wie unterschiedliche religiöse, säkulare, ethnische oder regionale Vorstellungen friedlich integriert werden können. Dies erfordere auch das Thematisieren von Identität. Während Identitäten, laut Kerrou, von den früheren Regimen entweder vernachlässigt oder instrumentalisiert wurden, müsse nun der Einfluss von verschiedenen Identitätskonzeptionen und -perzeptionen stärker berücksichtigt werden. In Tunesien bleibt abzuwarten, ob die neuartige Koalition zwischen Islamisten und Säkularisten im politischen Alltag bestehen kann. Laut Kerrou ist noch ungewiss, ob sich der politische Kompromiss zwischen den Parteien in ein strategisches Bündnis entwickeln kann oder brüchig und provisorisch bleibt. Auch Ägypten muss nach wie vor die Kluft zwischen Islamisten und Säkularen bewerkstelligen. Zudem muss die Rolle des Militärs kritisch beobachtet werden. Nach Merzouki Benyouness, Forscher an der Universität Mohammed I in Oujda, kann sich ein politisches System, in welchem das Militär eine herausragende Rolle innehat, nicht demokratisch entwickeln. Für den weiteren Demokratisierungsprozess müsse das Militär aus dem politischen Bereich herausgehalten werden.

Eine Neudefinition der ideellen Kluft?

Die traditionell größte ideelle Kluft in der arabischen Region liegt zwischen Islamisten und Säkularisten. Gemäßigte Islamisten sind erstmals als eindeutige Gewinner in den Wahlen in Tunesien, Ägypten und Marokko hervorgegangen. Von einigen Konferenzteilnehmern wurde daher die Frage aufgeworfen, inwiefern säkulare Akteure ihre Haltung gegenüber dem politischen Islam möglicherweise überdenken bzw. differenzieren müssen. Andererseits wurde eingeworfen, dass Islamisten lernen müssen, die gegebene gesellschaftliche Heterogenität zu respektieren. Als positiv wurde von Zoubir angemerkt, dass gemäßigte religiöse Bewegungen einen Wandel von einer Ignoranz gegenüber dem politischen System hin zu einer Unterstützung des politischen Prozesses durch demokratische Wahlen genommen haben. Insbesondere die PJD (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), die als Wahlsieger aus den marokkanischen Parla-

mentswahlen vom 25. November herausgegangen ist, hat erkannt, dass sie nur über die offiziellen Institutionen am politischen Prozess teilhaben kann. Zudem hat die PJD, laut Abdesslam Taouil von der Universität Mohamed V in Rabat, einen partizipativen Ansatz bei der Bildung der neuen Regierung gezeigt. Von einem gemäßigten politischen Islam getrennt betrachtet werden muss jedoch die Gruppe der strenggläubigen, orthodoxen Salafisten. Die künftige Herausforderung der politischen Systeme liegt vor allem bei salafistischen Strömungen, die ein demokratisch-pluralistisches System gänzlich ablehnen. Der Salafismus definiert dabei die neue Trennlinie zwischen gemäßigten, demokratischen Akteuren und systemfeindlichen Akteuren. Nach einhelliger Meinung der Konferenzteilnehmer müssen die Beziehungen zwischen Staat und Religion (din wa daula) sowie zwischen Islam und Demokratie neu diskutiert und in der öffentlichen Diskussion differenziert behandelt werden. Helmut Reifeld erinnerte erneut an die Bedeutung, die die türkische AKP als Modell für die Praxis inzwischen für zahlreiche islamistische Parteien in der arabischen Welt gewonnen habe.

Als Fazit und Synthese der Konferenz hat Mohamed Malki festgehalten, dass die arabischen Welt sich als reformfähig und wandelbar erwiesen hat. Die Vorstellung einer „arabischen Ausnahme“ verstanden als arabisches Unvermögen, sich demokratisch zu erneuern, müsse völlig neu überdacht werden. Für besonders bemerkenswert hielt er, dass die arabischen Protestbewegungen ohne übergeordnete Führung oder Koordinierung stattfanden. Aus spontanen und direkt aus der Bevölkerung resultierenden Protesten konnte ein breiter Reform- und Erneuerungsprozess angestoßen werden. Zudem wies Malki darauf hin, dass das Herausbilden eines neuen „Gesellschaftsvertrags“ einen langwierigen Prozess verlangt, der keine einfachen und schnellen Lösungen bereithält. Die aus den letzten Parlamentswahlen erfolgreich hervorgegangenen islamistischen Parteien müssen nun ihren Respekt für gesellschaftliche Heterogenität, politischen Pluralismus und Minderheitenschutz beweisen. Die neuen Entwicklungen erfordern laut Malki zudem eine gründlichere Analyse und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

ELLINOR ZEINO-MAHMALAT

Dezember 2011

www.kas.de/marokko

www.kas.de

ein besseres Verständnis der politischen und sozialen Verhältnisse seitens der Sozialwissenschaften. Dies sei insbesondere im Hinblick darauf wichtig, dass die Ereignisse des arabischen Frühlings sowohl die gesamte MENA-Region, als auch beide Seiten des Mittelmeers beeinflussen werden.

Die Beiträge der Konferenzteilnehmer haben insgesamt einen nüchtern-realistischen, nicht aber einen ernüchtert-enttäuschten Blick auf die Zukunft der arabischen Region geworfen. Der allgemeine Tenor der Konferenz unterlag weder einem unkritischen Enthusiasmus für die Reformen, noch einem entmutigenden Pessimismus. Nach einhelliger Meinung der Konferenzteilnehmer bleibt abzuwarten, wie sich die Reformbemühungen in der arabischen Region weiter entwickeln werden. Das Potenzial zu einer umfassenden, gesellschaftspolitischen Erneuerung ist vorhanden.